

Goldplating vermeiden – Wartefrist bei Restschuldversicherungen streichen!

Berlin, Juli 2025

Eine Restschuldversicherung schützt Verbraucherinnen und Verbraucher vor einer möglichen finanziellen Notlage, indem sie die Liquidität bei der Rückzahlung eines Kredits sichert. Sie kann bei Arbeitslosigkeit/Kurzarbeit, Krankheit, Scheidung oder Tod des Ehepartners die Kreditrückführung sicherstellen.

Sie ist keine Voraussetzung für eine Kreditvergabe. Es besteht zudem für Verbraucherinnen und Verbraucher ein 30-tägiges Widerrufsrecht, ein Widerruf hätte zudem keine Konsequenzen für den zugrundeliegenden Kreditvertrag.

Die Verbraucherkreditrichtlinie (CCD2) verpflichtet die Mitgliedstaaten ausdrücklich, den Abschluss eines Kreditvertrags in einem Bündel gemeinsam mit Restschuldversicherungen zu erlauben. Kundinnen und Kunden soll also Darlehen und Versicherung zusammen abschließen dürfen. Diese Möglichkeit der Produktbündelung wurde durch die im ZuFinG beziehungsweise § 7a Abs. 5 VVG eingeführte siebentägige Wartefrist faktisch unmöglich gemacht.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben in Folge der gegenwärtigen Regelung jedoch in den ersten sieben Tagen keine Möglichkeit eines Versicherungsschutzes für ihren Kreditvertrag.

Demgegenüber stellt die Richtlinie 2023/2225 eine grundsätzlich vollharmonisierende Regelung dar. Mit dem neu gefassten § 7a Abs. 5 VVG wurden abweichende Regelungen eingeführt, die in ihrer Reichweite über die auf europäischen Vorgaben deutlich hinausgehen.

In der Verbraucherkreditrichtlinie (CCD2) sind Bündelungsgeschäfte ausdrücklich erlaubt. Da die Richtlinie vielmehr eine grundsätzlich vollharmonisierende Regelung darstellt, dürfen Mitgliedstaaten keine abweichenden Bestimmungen einführen oder aufrechterhalten, vgl. Deutscher Bundestag Fachbereich Europa Az. EU 6 - 3000 - 075/23.

Die Verbraucherkreditrichtlinie (EU) 2023/2225 muss bis zum 20. November 2025 in deutsches Recht umgesetzt werden. Der Gesetzentwurf zur Umsetzung wurde am 23. Juni 2025 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz veröffentlicht.

Die nun begonnene Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie (EU) 2023/2225 sollte daher genutzt werden, um die über europäische Vorgaben hinausgehende Regelung der Wartefrist zu korrigieren und die Norm des § 7a Abs. 5 VVG zu streichen.